

Bauregion Thurgau und Appenzellerland

Gesunde Finanzen und viel Sonne

Die Kantone schreiben schwarze Zahlen. Der Thurgau lockert den Denkmalschutz, in Ausserrhoden stimmt das Volk über eine «Mega-Fusion» ab und Innerrhoden ist neuer Spitzenreiter im Ostschweizer Finanzausgleich. Dicke Luft herrscht derweil bei Windprojekten, während für die Solarenergie die Sonne scheint.

Von Pascale Boschung

In den Jahren 1874 bis 1890 wurde die Thur begradigt, an den engsten Stellen der früheren Mäander wurde dazu künstlich ein Durchbruch erstellt. Was damals mit bestem Wissen und Gewissen geschah, ist heute Teil eines grossen Problems. Denn das inzwischen fast 150 Jahre alte Bauwerk der Thurbegradigung, das den Fluss in ein 45 Meter breites Bett gezwängt hat, stellt für den Kanton Thurgau hinsichtlich Hochwasser mittlerweile die grösste Naturgefahr dar.

Mit dem Konzept «Thur+» soll die Thurgauer Lebensader nun aus ihrem Korsett befreit und damit die Hochwassersicherheit wiederhergestellt werden. Der politische Prozess um die Thursanierung ist bereits gelaufen. Der Regierungsrat hat das Konzept genehmigt und der Grosse Rat hat es zustimmend zur Kenntnis genommen. Nun geht es an die Umsetzung. Insgesamt 320 Millionen Franken soll das Jahrhundertprojekt kosten.

Sattes Plus im Thurgau

Die Thurgauer Erfolgsrechnung schloss 2022 erneut mit einem Ertragsüberschuss von 81,2 Millionen Franken ab. Damit reichte es zwar nicht an 2021 mit dem besten Rechnungsergebnis der Kantonsgeschichte heran (+131,7 Mio.). Das satte Plus wurde aber trotz der im Vorjahr beschlossenen Steuerfussenkung um acht Prozent möglich. Deren Mindereinnahmen wurden durch andere Faktoren überkompensiert. Allen voran die sechsfache Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) von 130 Millionen Franken.

Daneben trugen höhere Steuererträge sowie die tieferen Ausgaben der Verwaltung zum positiven Ergebnis bei. Unter Budget blieben aber auch die Investitionen mit 93 Millionen Franken (Vorjahr: 116 Mio.). Damit liege man jedoch über dem Durchschnitt der letzten Jahre, wie Finanzdirektor Urs Martin im März betonte. Darüber hinaus stehen im Kanton hohe Investitio-



In Ettenhausen in der Thurgauer Gemeinde Aadorf werden aktuell 11 neue Einfamilienhäuser gebaut.

nen an, unter anderem für die Erweiterung des Regierungsgebäudes in Frauenfeld, die Museumslandschaft sowie Schulbauten.

Laut Martin stehen die Kantone in den nächsten Jahren ohnehin vor schwierigen Zeiten, denn die SNB-Ausschüttungen werden fehlen. Der Kanton agiert deshalb vorsichtig und legt rund 53,6 Millionen Franken in die SNB-Schwankungsreserve ein. Mit den tiefschwarzen Zahlen liegt der Selbstfinanzierungsgrad des Kantons nun bei 207 Prozent (Vorjahr: +328%).

Ein Unternehmensmagnet?

7224 Schweizer Firmen sind im Jahr 2022 in einen anderen Kanton gezügelt. Dies geht aus einer Untersuchung von Avenir Suisse hervor, die auf Daten des Informationsdienstleisters Crif basiert, der die Handelsregister auf Firmensitz-Verschiebungen über Kantonsgrenzen hinaus durchforstet hat. Im kantonalen Vergleich obenaus schlägt dabei neu der Kanton Thurgau, der im letzten Jahr 269 Neuzugänge sowie 182 Abgänge verzeichnet hat und somit ein Plus von 87 zugezogenen Firmen ausweist. Der Kanton hat damit 2022 am meisten Unternehmen aus anderen Kantonen angezogen.

Grund für die Zuwanderung dürften tiefe Steuern, aber auch die schlanke Ver-

waltung sein. Die Entwicklung sei erfreulich, wie Daniel Wessner, Leiter des kantonalen Amtes für Wirtschaft und Arbeit gegenüber dem «St. Galler Tagblatt» sagte. Bei der Bewertung müsse aber beachtet werden, dass diese nur die Zahl der Unternehmen, nicht aber die wirtschaftliche Wertschöpfung berücksichtige. Denn es gibt auch Firmen, die lediglich ihren Sitz in einen anderen Kanton verlegen, nicht aber die Produktion.

Ob der Thurgau tatsächlich – wie von Avenir Suisse bezeichnet – ein «neuer Unternehmensmagnet» ist, dürfte sich in den nächsten Jahren zeigen. Gestärkt wird der Wirtschaftsstandort Thurgau jedenfalls auch durch «Stammfirmen», wie der Storz Medical AG: Die Stosswellengeräte-Herstellerin erweitert ihren Hauptsitz in Tägerwil um zwei neue Gebäude.

Knapper Schulraum

Auch so verzeichnet der Thurgau ein Wachstum: Im ersten Halbjahr 2023 wurde im Kanton erstmals die Schwelle von 290 000 Einwohnern überschritten. Das zeigt sich auch in einem anderen Bereich: Der Schulraum wird knapp. 32 300 Kinder werden im neuen Schuljahr die Volksschule besuchen – 1,5 Prozent mehr gegenüber dem Vorjahr. Und dieser Trend wird

sich laut dem Kanton fortsetzen. Kemmental, Gachnang, Wigoltingen, Weinfelden und die Volksschulgemeinde Amriswil-Hefenhofen-Sommeri planen alle entsprechend Neu- oder Ausbauten, um zusätzlichen Schulraum zu schaffen.

Während es für Hausbesitzer mit der Abschaffung der Liegenschaftensteuer gute Neuigkeiten zu vermelden gibt, sieht es für jene, die es noch werden wollen, anders aus. Denn die Preise für Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen im Thurgau steigen weiter, wie der Eigenheim-Index der Thurgauer Kantonalbank (TKB) zeigt. Der Immobilienmarkt zeigt sich laut TKB aber weiterhin robust. Die Zahlungsbereitschaft für Eigenheime habe sich in der unmittelbaren Vergangenheit sowohl landesweit als auch im Thurgau nochmals erhöht.

Das Angebot an Einfamilienhäusern dürfte in absehbarer Zeit aber nicht allzu stark zulegen, denn im Thurgau und in den anderen Ostschweizer Kantonen sind – auf Basis der geplanten Bausumme berechnet – deutlich weniger Einfamilienhäuser projektiert (siehe Bauwirtschaft auf Seite 24). Eine Ausnahme bildet zwar die Gemeinde Aadorf, wo aktuell in der Ortschaft Ettenhausen 11 neue Einfamilienhäuser gebaut werden (siehe Bild oben), aufgrund der rückläufigen Bautätigkeit in diesem Seg-

ment dürfte das Angebot aber kantonsweit weiter zurückgehen.

Weniger Schutz ist mehr

«Weniger ist mehr» gilt bald in der Thurgauer Denkmalpflege: Der Kanton will künftig weniger Bauten und Ortsbilder schützen, dafür schutzwürdige Bauten und Ortsbilder besser schützen. Hintergrund davon ist das «Konzept Neuausrichtung Denkmalpflege», das der Regierungsrat dem Grosse Rat in einer Botschaft überwiesen hat. Dafür wird in einem ersten Schritt das «Hinweisinventar Bauten» (HWI) drastisch reduziert. Ab 2025 soll es dann vom neuen «Inventar der erhaltenswerten und geschützten Objekte» (IDEGO) abgelöst werden.

Im Gegensatz zum HWI, das mit rund 32 000 Einträgen fast eine Vollerhebung des Gebäudebestands vor 1960 darstellt, werden im IDEGO laut Kanton nur noch «tatsächlich erhaltenswerte Objekte» aufgeführt. Als Folge davon werden weniger Objekte unter Schutz gestellt und teilweise heute unter Schutz stehende Objekte verlieren ihren Status. Mit der Neuausrichtung folge ein Abschied von der flächendeckenden Erhebung und Einflussnahme der Denkmalpflege auf einen beträchtli-

Thurgau	2022	2023
Bevölkerung	289 650	292 958*
Bevölkerungswachstum	+1,3 %	+1,1 %
Leerwohnungen	1,70 %	1,45 %
Fläche in km ²	992	

Appenzell Ausserrhoden	2022	2023
Bevölkerung	55 759	56 151*
Bevölkerungswachstum	+0,3 %	+0,7 %
Leerwohnungen	1,84 %	1,2 %
Fläche in km ²	243	

Appenzell Innerrhoden	2022	2023
Bevölkerung	16 416	16 547*
Bevölkerungswachstum	+0,3 %	+0,8 %
Leerwohnungen	1,67 %	1,59 %
Fläche in km ²	172	



Viele Thurgauer Gemeinden planen Schulraumprojekte. In Gachnang ist auf dem Schulareal in Islikon ein Erweiterungsbau nach Entwürfen des Architekturbüros Backes Zarali geplant (Visualisierung).

Bild: PFD, Primarschulgemeinde Gachnang

Bild: Pascale Boschung

Quelle: Bundesamt für Statistik / *Stand Ende 2. Quartal 2023

Bild: Joachim Keller/Bermer, eigenes Werk, Wikimedia, CC BY-SA 4.0



Blick auf den Ortskern von Ottoberg in Märstetten TG. Ottoberg ist im Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz aufgelistet. Künftig soll mehr Gewicht auf die Ortsbildpflege gelegt werden.

chen Teil der historischen Bauten, erklärte Giovanni Menghini, Leiter des Amtes für Denkmalpflege.

Ostschweiz als Solarparadies

Hoch im Kurs scheinen in der Ostschweiz derweil Solaranlagen auf Hausdächern und -fassaden zu sein. Das zeigen Daten des Bundesamts für Energie, die das «Tagblatt» analysiert hat. Die Schweiz nutzt demnach die für Solarpanels geeigneten Flächen auf Dächern und Fassaden zu 4,5 Prozent aus. Im kantonalen Vergleich liegt Appenzell Innerrhoden mit einer Flächennutzung von sieben Prozent auf Platz eins. Der Thurgau belegt mit 6,3 Prozent Platz drei, gefolgt von St. Gallen mit sechs Prozent. Appenzell Ausserrhoden liegt mit fünf Prozent auf Platz zehn.

Grosse Unterschiede zeigen sich jedoch bei den Gemeinden. Den höchsten Wert der Ostschweiz weist die Thurgauer Gemeinde Amlikon-Bissegg auf: Sie nutzt das Solarstrompotenzial ihrer Gebäude zu 15 Prozent – etwa 130 Einzelanlagen sind hier in Betrieb. Möglich wurde das dank einem Fonds für erneuerbare Energien, der bereits 2012 eingerichtet wurde. Alle Bürger zahlen dafür einen Zuschlag auf den Strompreis. Wer eine Solaranlage installiert hat, erhält für den eingespeisten Strom eine Rückvergütung aus dem Fonds, die höher ist als der Zuschlag. Das hat einen kleinen Solarboom ausgelöst. Seit 2017 produziert die Gemeinde mehr Strom, als sie braucht. Für ihren erfolgreichen Energiekurs erhielt Amlikon-Bissegg vor sechs Jahren den kantonalen Energiepreis.

Kampf gegen Windpark

Weniger offen ist Amlikon-Bissegg dagegen bei der Windkraft: Mit allen Mitteln

hatte sich die kleine Kommune seit längerem gegen einen Windpark gewehrt, der auf dem östlichen Teil des Wellenbergs auf dem Gebiet der benachbarten Gemeinde Thundorf geplant ist. Amlikon-Bissegg wollte bei drei Windturbinen an der Gemeindegrenze ein Mitspracherecht erwirken. Inzwischen ist das praktisch obsolet. Denn das Vorhaben ist blockiert – aber nicht wegen der Nachbargemeinde.

Die Thundorfer selbst haben im April an einer Gemeindeversammlung einen Mindestabstand von 850 Metern von Windanlagen zum Siedlungsgebiet angenommen. Die Gemeinde muss nun die Bauvorschriften anpassen. Ob damit auf dem Wellenberg noch Windkraftanlagen gebaut werden können, ist unklar. Der Kanton muss nun entscheiden, ob die Abstandsvorschrift rechtens ist. Geplant wird das



Bild: Parallel-Berchling

Der Kanton Thurgau nutzt die für Solarpanels geeigneten Flächen auf Dächern und Fassaden zu 6,3 Prozent. Im Bild: Solaranlagen im Weiler Niederhofen in der Gemeinde Bichelsee-Balterswil.

Projekt durch Thundorf, den Kanton Thurgau sowie die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ).

Trotz dem Widerstand gegen das Windprojekt sieht es im Kanton hinsichtlich der Förderung erneuerbarer Energien aber gut aus: Die Stimmbevölkerung nahm im Juni an der Urne die Aufhebung der Obergrenze von 22 Millionen Franken für den kantonalen Energiefonds an. Der Thurgau kann damit nun mehr Geld für die Energiewende locker machen.

Volle Kassen in Appenzell

Gut präsentiert sich die Lage auch bei den Kantonsfinanzen von Appenzell Ausserrhoden: In der Staatsrechnung 2022 resultierte ein Ertragsüberschuss von 47,2 Millionen Franken (Vorjahr: 40,9 Mio.). Es sei das beste Resultat der vergangenen Jahre, sagte Bruno Meyer, damaliger Leiter des Amtes für Finanzen. Dazu beigetragen hatten hohe Steuererträge sowie der SNB-Beitrag von 25,6 Millionen Franken. Auch tiefere Ausgaben, etwa in der Gesundheitsversorgung, trugen zum Plus bei.

Mit dem Jahresergebnis erhöht sich der Bilanzüberschuss auf 159,9 Millionen Franken. Aus der Finanzierungsrechnung resultiert ebenfalls ein Überschuss von 21,1 Millionen Franken. Entsprechend fällt auch der Selbstfinanzierungsgrad des Kantons mit 243,4 Prozent hoch aus (Vorjahr: +202,7 %). Anfang Jahr schätzte der damalige Finanzdirektor Paul Signer die finanziellen Aussichten dennoch düster ein. Vor allem die Totalrevision des Finanzausgleichsgesetzes und die Weiterentwicklung des Spitalverbunds AR sah er als Risikofaktoren für die Kantonsfinanzen.

Ausserrhoden ist auch stark vom Finanzausgleich abhängig und bezieht dort inzwischen den höchsten Pro-Kopf-Beitrag der Ostschweiz. Die Finanzausgleichszahlungen des Kantons sind seit längerer Zeit ungefähr konstant. Einen deutlichen Rückgang der Beträge gab es nicht. Und er zeichnet sich auch nicht ab. Im Gegenteil: Prognosen rechnen damit, dass die Zahlungen für Ausserrhoden noch zunehmen werden.

Innerrhoden als Geberkanton?

Im Zwillingskanton sieht es derweil ganz anders aus: Seit diesem Jahr ist Innerrhoden – im Ressourcenbereich – ein Geberkanton des nationalen Finanzausgleichs. Der Kanton hat in den letzten Jahren massiv an Ressourcenstärke gewonnen und ist vom Ostschweizer Schlusslicht zum Spitzenreiter aufgestiegen. Finanzdirektor Ruedi Eberle sieht für diese Entwicklung mehrere Gründe, wie er gegenüber dem «St. Galler Tagblatt» sagte.

Der Kanton sei attraktiver geworden für Zuzüger, es hätten sich vermehrt vermögende Personen niedergelassen. Grund dafür dürften die tiefen Steuern sein – zumal Innerrhoden bei den Einkommenssteuern schweizweit zu den günstigsten Kantonen zählt. Neben Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen, spielt auch der Immobilienmarkt eine Rolle: Viele Innerrhoder haben Eigenheime und die Immobilienpreise sind in den letzten Jahren angestiegen, was wiederum zur Ressourcenkraft des Kantons beigetragen hat.

Voll sind im Kanton auch die Kassen: In der Staatsrechnung winkte mit 10,6 Millionen Franken erneut ein Plus (2021: +3,5 Mio.). Dazu beigetragen hatten laut Eberle mehr Steuereinträge von 10,4 Millionen, der SNB-Beitrag von 7,5 Millionen Franken sowie ein niedriger Sach- und Betriebsaufwand. Mit den Mehreinnahmen konnten auch Mehrkosten im Gesundheitssystem kompensiert werden. Zudem wird damit eine Vorfinanzierung von 9,3 Millionen Franken für die geplante Erweiterung des Bürgerheims möglich (Mehr zum Projekt auf Seite 22). Laut dem Säckelmeister macht die SNB 4,2 Prozent der Budgetsumme im Kanton aus. Deren Wegfall im laufenden Jahr dürfte Innerrhoden zu spüren bekommen. Aktuell beträgt der Selbstfinanzierungsgrad des Kantons noch 83 Prozent (Vorjahr: 126 %).

Mega-Fusion in Ausserrhoden

Die Bevölkerung von Ausserrhoden wächst stetig. Per Ende 2022 waren 57 117 Personen im Kanton ansässig. Damit setzt sich der Trend der letzten zehn Jahre fort, bei



Bild: www.appenzeller-energie.ch

28 Jahre lang war auf dem Kürstein bei Gais AR unterhalb des Gäbris als einzige Windkraftanlage des Kantons dieses Windrad in Betrieb. Seit einem Sturmschaden steht es still. Seine Zukunft ist ungewiss.

dem der Kanton mit Ausnahme des Jahres 2020 stets ein Bevölkerungswachstum verzeichnen konnte. Das wiederum bedeutet auch mehr Arbeit in den Gemeindeverwaltungen. Der Kanton steht in diesem Zusammenhang bald vor einer der wichtigsten Abstimmungen seit der Abschaffung der Landsgemeinde im Jahr 1997.

Denn das Stimmvolk entscheidet am 26. November über eine «Mega-Fusion» der Ausserrhoder Gemeinden, die in ihrer heutigen Form seit 274 Jahren bestehen. Zur Auswahl stehen zwei Varianten. Bei der ersten wird die Zahl der bisher 20 Gemeinden auf drei bis fünf reduziert. Damit soll laut dem Regierungsrat auf den Fachkräftemangel im Verwaltungsbereich, auf vakante Gemeinderatssitze sowie Herausforderungen der Digitalisierung reagiert werden.

Die zweite Variante ist ein vom Kantonsparlament ausgearbeiteter Eventualantrag zu einer mittlerweile zurückgezogenen Volksinitiative. Demnach sollen keine konkreten Aufträge zu Zusammenschlüssen von Gemeinden erteilt, künftige Fusionen aber ermöglicht werden. Denn aktuell sind sämtliche Gemeinden in der Kantonsverfassung aufgeführt. Für einen Zusammenschluss wäre zwingend eine kantonale Volkabstimmung nötig.

Gegenwind für Windkraft

Aktuell dreht sich im Appenzellerland kein Windrad. Vor kurzem war das aber noch anders: 28 Jahre lang war bei Gais AR

unterhalb des Gäbris die Kleinwindanlage Chürstein in Betrieb. Das 19 Meter hohe Windrad wurde 1995 als Pionierprojekt vom Verein Appenzeller Energie erstellt und diente damals als ein Symbolobjekt für die Windkraft: Platziert am stark frequentierten «Meteowanderweg», sollte es in der Bevölkerung eine bessere Akzeptanz für die Windkraft erwirken.

Mit der Symbolkraft ist es aber vorbei: Im letzten Winter hat ein Sturm das einzige Windrad im Kanton schwer beschädigt, die Rotorblätter sind eingeknickt. Repariert wird die alte Anlage laut Vereinspräsident Markus Rutsch nicht. In Frage kommt nur ein Abbruch oder ein Neubau. Noch ist die Zukunft des Windrads unklar. Der Verein überlegt sich laut Rutsch, ob er seine Ressourcen nicht besser für geplante Grosswindanlagen einsetzen soll.

Denn die Windkraft steht aktuell auf der politischen Agenda: Ausserrhoden hat letztes Jahr eine Studie zu möglichen Standorten veröffentlicht. Von elf analysierten Gebieten wurden sechs als geeignet eingestuft. Als «sehr gut geeignet» beurteilt wurden die drei Standorte Waldegg (Speicher/Teufen), Honegg (Trogen/Wald) und Gstalden (Heiden/Wald). Ob sich derweil in Appenzell also wieder ein Windrad drehen wird, wird die Zukunft zeigen. Projekte gibt es bereits: Die Appenzeller Wind AG plant im Gebiet Honegg/Oberfeld zwei rund 200 Meter hohe Windenergieanlagen. ■